

Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung
Seminarreihe Partizipative Haushaltspolitik – August 2006

Viola Schubert-Lehnhardt

Implementierung von Verfahren des Gender Budgeting in einen Gesamtprozess partizipativer Haushaltsaufstellung am Beispiel des Berliner Stadtbezirkes Lichtenberg

Oder:

Wie Frauen und Männer aus Berlin-Lichtenberg sich an der Planung
ihres Haushalts beteilig(t)en und welche Ergebnisse sie dort bei der
Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit erreicht haben

2. erweiterte Auflage

Expertise im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung
August 2005 bis Januar 2006

rls



Kontakt:

Dr. habil. Viola Schubert-Lehnhardt
06122 Halle,
Albert-Einstein-Str. 14

Rosa-Luxemburg-Stiftung –Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.
Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin / August 2006
Kontakt: Dr. Lutz Brangsch, Bereich Politische Bildung
Tel. 030 44310 120 Fax 030 44310 222

info@partizipativerhaushalt.de

auch als pdf unter <http://www.partizipativerhaushalt.de>

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
1. Einführung	4
1.1. Wie und warum diese Expertise entstand	4
1.2. Erläuterungen der zentralen Begriffe: partizipativer Haushalt und Gender Budgeting	5
2. Beschreibung der Aktivitäten in Berlin-Lichtenberg	13
2.1. Partizipative Haushaltsaufstellung	13
2.2. Der Gender-Budgeting-Prozess	15
2.3. Wertungen zur (nicht erfolgten) Vernetzung beider Prozesse	17
3. Vorstellung der erzielten Ergebnisse in Berlin-Lichtenberg in Hinblick auf Gender Budgeting	20
3.1. Bibliotheken	21
3.2. Volkshochschulen	23
3.3. Sportstätten	24
3.4. Allgemeine Kinder- und Jugendförderung	26
3.5. Integrative Erziehungs- und Familienberatung	28
3.6. Wirtschafts- und Unternehmensberatung	28
3.7. Stadtplanung	29
4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die weitere Arbeit	30
5. Anhang	32
5. 1. Literaturverzeichnis	32
5.2. Abstimmungsergebnisse zum BürgerInnenhaushalt Lichtenberg	34

1. Einführung

1.1. Wie und warum diese Expertise entstand

Die hier vorgelegte Untersuchung hat zwei Titelformulierungen. Beim genaueren Lesen werden die meisten Personen schnell feststellen, dass es sich lediglich um unterschiedliche Abfassungen desselben Inhalts handelt: zunächst in Behördensprache ausgedrückt, dann den Versuch, genau dieses „Amtsdeutsch“ zu umgehen. Damit ist auch bereits eines der Dilemmata der im Folgenden zu beschreibenden Vorgänge benannt: viel Material liegt in Form von behördlichen Beschlüssen, für Ämter getroffenen Auswertungen und Stellungnahmen vor. Die darin üblicherweise verwandte Sprache ist für Bürgerinnen und Bürger häufig nicht nur ungewohnt und wenig anschaulich, vor allem wirkt sie eher abschreckend denn einladend zur Mitarbeit.

Eine Vielzahl von Anglizismen und Wortbedeutungen, wie sie nur in der Verwaltungssprache typisch sind (z.B. „Produkt“¹ für eine Dienstleistung) führen nicht nur zum schnellen Weglegen der entsprechenden Texte, sondern u.a. auch zu der Frage, „ob es nicht bereits eine Diskriminierung darstellt, vor einem Begriff zu stehen, den frau/man nicht kennt“. M.E. ist dies keineswegs nur ein hübsches Bonmot einer Veranstaltungsteilnehmerin, sondern ein durchaus ernstzunehmendes Problem bei der Einbeziehung breiter Bevölkerungskreise in die Realisierung von politischen Ansätzen bzw. angestrebte Beteiligung an Verwaltungsentscheidungen.

Nicht nur der zweite Titelvorschlag, sondern die gesamte hier vorgelegte Expertise versucht, diese häufig geäußerte Kritik aufzunehmen und die abgelaufenen Prozesse anschaulich zu beschreiben und zu bewerten.

Vorausgegangen ist dieser Untersuchung eine ebenfalls im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung angefertigte Studie zum Thema „Geschlechtergerechtigkeit als Partizipationskonzept - Gender Budgeting als Partizipationsmethode. Erfahrungen und Probleme aus theoretischer und praktischer Sicht“.² Dieser Text beschreibt ausführlich die theoretischen Grundlagen und in verschiedensten Kommunen Deutschlands bereits vorhandenen Prozesse zur Umsetzung einer geschlechtergerechten Haushaltsführung. Gleichzeitig wird dort der Zusammenhang zwischen Gender Mainstreaming und Gender Budgeting erläutert und auf

¹ In Berlin ist bereits seit einigen Jahren im Zuge der Verwaltungsreform auch der Produkthaushalt, also die Planung nach Leistungen, nicht (nur) nach Haushaltspositionen eingeführt. In den Produkten werden alle für die Realisierung einer öffentlichen Leistungen zusammengefasst, also Personal-, Material-, Mietkosten usw. In der bisherigen kameralen Haushaltsführung werden die Aufwände getrennt geführt.

² Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2005 bzw. im Internet unter <http://www.brangsch.de/partizipation/dateien/Studie%20gender%20budgeting.pdf>

die auch hier teilweise anzutreffende nur unscharf mögliche Abgrenzung zwischen beiden Begriffen und Strategien eingegangen. Sehr oft (und gerade auch in Berlin) wird Gender Budgeting als immanenter Bestandteil von Gender Mainstreaming angesehen.

Bisher einmalig wurde dabei gefunden, dass in einer der Kommunen, die relativ frühzeitig mit der Umsetzung dieser internationalen Strategie begonnen hatte (Berlin-Lichtenberg) zwei Prozesse nicht nur nahezu parallel laufen, sondern zum Teil auch von den gleichen AkteurInnen getragen werden. Daraus entstand im Gespräch mit Dr. Lutz Brangsch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Idee zu dieser Expertise. Sie soll

- Ansatzpunkte liefern für die weitere Gestaltung solcher Prozesse, insbesondere zur Vernetzung von Bürgerhaushalt und Gender Budgeting
- dazu zunächst sowohl KommunalpolitikerInnen als auch BürgerInnen diese kommunalpolitische Strategie verständlich machen (im Sinne eines anzustrebenden Leitbildes für Kommunen, nicht als bloße Haushaltstechnik)
- beide Verfahren als notwendige Schritte für eine Demokratisierung des öffentlichen Lebens erläutern.

Beide Prozesse gehören heute zum Leitbild moderner Kommunen. Die Erfahrungen Berlin-Lichtenbergs sind insofern innovativ für andere Städte und Gemeinden in Deutschland.

Um o.g. Zielstellung zu erreichen wurden von der Autorin sowohl die amtlichen Beschlüsse, Dokumente und Verlautbarungen analysiert, als auch begleitende Informationen im Internet, auf Flyern und in Presseerzeugnissen. Außerdem wurden Veranstaltungen zur Umsetzung eines Bürgerhaushaltes in Lichtenberg als auch zu Gender Budgeting besucht.

1.2. Erläuterungen der zentralen Begriffe: partizipativer Haushalt und Gender Budgeting

Zu beiden Begriffen sind im doppelten Sinne zu Beginn Erläuterungen notwendig. Zum einen existieren unterschiedliche Übersetzungen, die durchaus dann Folgen für die angestrebten politischen Prozesse haben. Zum anderen haben beide Verfahrensweisen inzwischen auch in Deutschland eine Geschichte, die von unterschiedlichen Herangehensweisen geprägt ist.

Zum Begriff partizipativer Haushalt

In Deutschland wird meist der Begriff Bürgerhaushalt oder Bürgerbeteiligung³ gebraucht. Schon hier ist jedoch von einem Verständnis dieser Begriffe „im en-

³ Auf die hier schon im Begriff deutlich werdende Problematik Geschlechterangemessenheit soll an dieser Stelle verwiesen werden, jedoch an dieser Stelle nicht weiter eingegangen wer-

geren und im weiteren Sinne“ auszugehen. Im weitesten Sinne wird Bürgerbeteiligung verstanden als politische Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Erledigung einer gemeinsamen politischen Angelegenheit. Im engeren Sinne versteht man darunter die Beteiligung an Planungsverfahren von Verwaltungen, insbesondere auf kommunaler Ebene.⁴

Lutz Brangsch unterscheidet außerdem zwischen Bürgerbeteiligung

- *als Verfahren*, d.h. BürgerInnen nehmen Einfluss auf die Haushaltsaufstellung

und

- *als Qualität* von Haushaltspolitik, weitestgehende Öffentlichkeit und Transparenz bei Entscheidungen sowie neue Wege der Kompromissaus handlung.⁵

Ausführlich können diese begrifflichen und praktischen Unterschiede in zahlreichen Literaturstellen nachgelesen werden (s. Abschnitt 1.3. bzw. Literaturverzeichnis), insofern wird hier auf eine weitere Darstellung verzichtet. Dies umso mehr, da für die Expertise letztendlich das konkrete Verständnis der beteiligten Personen in Berlin-Lichtenberg entscheidend ist.

Zwei zentrale Fragen sind dabei stehen dabei im Mittelpunkt:

1. Was konkret ist ein lesbarer Haushalt?
2. Wie soll das Beteiligungsverfahren aussehen?

Sowohl in den bisher herausgegebenen schriftlichen Begleitmaterialien als auch im Internet-Auftritt⁶ des Bezirkes Berlin-Lichtenberg lässt sich zwar keine Definition des Begriffes „Bürgerhaushalt“ im klassischen Sinne finden, es gibt jedoch zahlreiche Beschreibungen des Anliegens, aus denen sich das Verständnis erschließen lässt. So wird im Internet-Auftritt zur Projektidee die Vision der *Bürgerkommune* erläutert: „Es ist die Idee eines Gemeinwesens, in dem die Bürger und Bürgerinnen direkt die Politik mitbestimmen und für die Gestaltung des öffentlichen Lebens mit Verantwortung übernehmen. Es geht darum, zukünftig der bestehenden repräsentativen Demokratie ein kooperatives Element im Sinne der Bürgerkommune hinzu zu fügen. Im Gegenzug sollen sich die

den.

⁴ Ausführlich siehe in: Baumann F. Detlefsen M. Iversen S. Vogelsang L. Neue Tendenzen bei Bürgerbeteiligungsprozessen in Deutschland. Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2004, S.6ff

⁵ Vgl. Brangsch L. Bürgerhaushalt – ein Prozess kommt in Bewegung. Erste Erfahrungen und nächste Schritte. Zweiter Erfahrungsaustausch an der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 15. Oktober 2005, S. 3

⁶ Die Web-Seite des Bezirkes Lichtenberg lautet www.buergerhaushalt-lichtenberg.de. Ein Verweis auf das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit und die dazu laufenden Prozesse in Lichtenberg findet sich dort jedoch leider nicht.

Bürger aber auch an den öffentlichen Aufgaben aktiv beteiligen und sich für das Gemeinwesen engagieren.“⁷

Der Bürgerhaushalt wird als ein erster Schritt dazu beschrieben, dessen Ziele im Einzelnen darin bestehen

- die Politik im Einvernehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten
- Schwerpunkte entsprechend den Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern zu setzen
- die Finanzmittel gerecht nach den Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger zu verteilen
- mehr Transparenz in Haushaltsfragen zu erreichen
- ein besseres Verständnis für die Möglichkeiten und Grenzen von Haushaltspolitik zu vermitteln
- mehr Schwung in die Haushaltsdiskussion zu bringen
- unbürokratische Lösungen und neue Denkanstöße zu erreichen.⁸

Dieser Anspruch entspricht der Betrachtungsweise von L. Brangsch von Bürgerhaushalt als Verfahren und als Qualitätsmerkmal. Beide Akzente sind im Verständnis des Lichtenberger Bezirksamtes durchaus auch mit Fragen von Geschlechtergerechtigkeit verknüpft. D.h. die angestrebte Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit findet sich sowohl in den Zielstellungen als auch teilweise in der Verfahrensweise wieder (im Einzelnen siehe dazu Abschnitt 2 vorliegender Expertise).

Gender Budgeting

Auch hierzu gibt es bereits einen „eingebürgerten“ deutschen Begriff – geschlechtergerechte Haushaltsführung⁹. D.h. es handelt sich um ein integratives Verfahren, das

⁷ www.berlin.de/ba-lichtenberg/verwaltung/persfinkult/buergerhaushalt/index.html

⁸ ebenda. Für die vorliegende Fassung wird von dieser Version der Zielstellung ausgegangen. Die im Beschluss des Lenkungsgremiums vom 27.4.2005 (Rahmenkonzeption Beteiligungsverfahren für den Bürgerhaushalt in Berlin-Lichtenberg) enthaltene Fassung der „Zielsetzungen mit dem Bürgerhaushalt“ ist demgegenüber nicht nur sperriger formuliert, sondern vor allem auch enger gefasst. D.h. bereits die Notwendigkeit einer „bürgernahen“ Formulierung des Anliegens hat offensichtlich zur Präzisierung und Erweiterung der Zielstellungen beigetragen.

⁹ Im Deutschen gibt es zwei mögliche Übersetzungen für Gender Budgeting: einerseits als *geschlechterspezifische* andererseits als *geschlechtergerechte* Budgetanalyse. Beide Begriffsinhalte haben jedoch unterschiedliche Akzentsetzungen. Die südafrikanische Gender-Budget-Expertin Debbie Budlender unterscheidet folgende zwei Fragestellungen: Haben Frauen und Männer den gleichen Zugang zu öffentlichen Finanzen? und: Führen die Budgetausgaben zu mehr Gleichheit zwischen Frauen und Männern? Allgemeines Ziel von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting ist die Veränderung bestehender Ungleichheiten bzw. Benachtei-

- eine systematische Analyse der öffentlichen Haushaltspolitik und der konkreten Haushalte ermöglicht

und zwar darauf hin, welche Auswirkungen vorgeschlagene oder bereits in Kraft getretene haushaltspolitische Maßnahmen, Programme und Gesetze auf Frauen und Männer bzw. verschiedene Gruppen von Frauen und Männern haben.

Weiterhin gehört unabdingbar dazu, dass

- aus dieser Analyse entsprechende politische Schlüsse gezogen werden.¹⁰

Entsprechend des Einflusses einer jeden haushaltspolitischen Entscheidung auf die konkreten Verhältnisse werden drei Kategorien dieser Entscheidungen unterschieden:

- geschlechtsblinde Budgets: diese ignorieren die unterschiedlichen, sozial determinierten Rollen und Verantwortlichkeiten von Frauen und Männern völlig
- geschlechtsneutrale Budgets: diese zielen darauf ab, bestehende geschlechtsspezifische Rollen und Aufgabenverteilungen nicht festzuschreiben oder zu verstärken
- geschlechtsbewusste Budgets: sie ermöglichen es, die geschlechtsspezifischen Voraussetzungen und Auswirkungen von öffentlichen Haushalten einzuschätzen.

Die Vorteile einer solchen geschlechtergerechten Haushaltsführung liegen nicht nur auf Seiten der Frauen, sondern werden international auch darin gesehen

- dass eine geschlechterdifferenzierte Kostentransparenz geschaffen wird
- die Haushaltsplanung zielgerichteter wird
- die Geschlechtergerechtigkeit wird erhöht
- Folgekosten vermieden werden können (Geschlechterungleichheit ist ökonomisch ineffizient)
- die Situation von Familien kann verbessert werden kann (z.B. durch veränderte Rahmenbedingungen für Kindererziehung und Bildung durch Ganztagschulen¹¹).

Wie gerade o.g. Punkte zeigen, geht die Methode des Gender Budgeting in ihrer konkreten Umsetzung über die Frage nach der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern hinaus. International wird deshalb auch von einer sog. „eye-opener-

ligungen eines der Geschlechter. Diesem politischen Veränderungsansatz ist die zweite Fragestellung (und auch der zweite o.g. Begriff) näher als die erste (bzw. der erste Begriff).

¹⁰ Vgl. R. Feyl Das bisschen Haushalt. Gender Budgeting als geschlechtspolitische Strategie in: Wrede B. (Hrsg.) Geld und Geschlecht. Tabus, Paradoxien, Ideologien, 2003

¹¹ Zweiter Bericht über Gender Mainstreaming (einschließlich Gender Budgeting) in der Berliner Politik und Verwaltung. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, August 2004 Ausführlich werden diese Methode und die in Deutschland damit gemachten Erfahrungen in der bereits erwähnten Studie der Autorin beschrieben.

Funktion“ dieser Methode gesprochen, d.h. sie lenkt den Blick auch auf Gewährleistung von Gerechtigkeit für andere Gruppen (z.B. MigrantInnen, Kinder und Jugendliche, behinderte Menschen etc.). Darauf wird noch besonders zurückzukommen sein.

Auch eine Definition von Gender Budgeting findet sich nicht auf den Internet-Seiten des Bezirksamtes Lichtenberg und in den bereits publizierten Berichten¹². Es kann m.E. davon ausgegangen werden, dass Lichtenberg (entsprechend des Top-down-Prinzipes) der Begriffsbestimmung der Berliner Initiative gefolgt ist.

Leider bedeutet dies jedoch dann auch, dass die Zielbestimmung des gesamten Verfahrens sowie seine ihm innewohnenden Potentiale für BürgerInnenbeteiligung allgemein (sowohl einzelne interessierte BürgerInnen als auch verschiedene Gruppen) nur schwer deutlich werden.

Es gibt zwar bei den Vorgaben zur Analyse der ausgewählten Produkte die Rubrik „Nutzen für ein geschlechterdifferenziertes Verwaltungshandeln“ – aber dies ist nicht per sé identisch mit Überlegungen der BürgerInnen zu Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und weiteren sozialen Gruppen.

In einem der ersten Arbeitspapiere der AG Gender Budget bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Frauen und Arbeit heißt es dazu wie folgt: „Gender Budgeting ist ein integratives haushaltspolitisches Verfahren, das eine systematische geschlechterdifferenzierte Analyse der öffentlichen Haushalts- und Finanzpolitik und zugleich der konkreten Haushaltspläne der einzelnen Ressorts bzw. Bezirke intendiert. Mit Hilfe einer Gender-Budget-Analyse kann also die geschlechtsspezifische Verteilung von Haushaltsmitteln erfasst, dokumentiert und gegebenenfalls korrigiert werden. Dem gemäß ist zu prüfen, wem der Einsatz finanzieller Ressourcen zu gute kommt, wie die Partizipation zu diesen Mitteln erfolgt und ob die entsprechende Ressourcenverteilung dazu beiträgt, bestehende Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu vergrößern oder zu verkleinern“.¹³

Auch bei dieser Begriffsbestimmung finden wir deutlich die doppelte Orientierung auf Gender Budgeting als eine Methode und die daraus abzuleitende Notwendigkeit von politischen Veränderungen.

Die hier gemachten Erläuterungen zu beiden Begriffen bzw. Methoden der kommunalen Haushaltsführung zeigen, dass beide sich methodisch aufeinander beziehen und ergänzen. Darüber hinaus scheint es sogar idealtypisch für beide Ansätze zu sein, dass sie von vornherein miteinander verknüpft und praktiziert

¹² Im Text der Rede von Regina Schmidt, Gleichstellungsbeauftragte im Bezirksamt Lichtenberg, anlässlich der Fachtagung „Gender Mainstreaming in der Jugendarbeit“ am 5.11.2005 findet sich jedoch zumindest der Satz „Gender Budgeting heißt das Instrument, mit dem ein Haushalt überprüft werden kann, ob Mittel geschlechtergerecht eingesetzt werden“.

¹³ Dr. Ute Weinmann Erste Handlungsansätze für eine Gender Budget Analyse in Pilotbereichen der Berliner Verwaltung. (Arbeitspapier) Stand Nov. 2003

werden. Berlin-Lichtenberg ist der erste Bezirk in Deutschland, in dem sich die Verwaltung zu beiden Prozessen bekannt hat. Die dortigen Abläufe und Ergebnisse sollen im Folgenden beschrieben werden.

Bereits vorab ist jedoch darauf zu verweisen, dass sich die folgende getrennte Beschreibung beider Entwicklungsgänge nicht nur darstellungsmethodisch als sinnvoll erwiesen hat, sondern dass beide Prozesse momentan in Lichtenberg tatsächlich parallel und unabhängig voneinander verlaufen. Dies beginnt bereits damit, dass weder auf der Internetseite zum Bürgerhaushalt ein direkter Link zu den bisher erfolgten Aktivitäten und Ergebnissen des Gender Budgeting erfolgt, noch gibt es bei auf der Seite der Gleichstellungsbeauftragten einen Hinweis auf Bürgerhaushalt.

Für besonders an den theoretisch-methodischen Grundlagen interessierten Menschen soll jedoch zunächst in einem eigenen Abschnitt auf weiterführende Materialien eingegangen werden. Eher praktisch orientierte und an den konkreten Ergebnissen interessierte Leserinnen und Leser können gleich zu Abschnitt 2 übergehen.

Einige Hinweise auf weiterführende Texte und Übersichten

Im internationalem Kontext entstand die Idee einer „partizipativen Demokratie“ Mitte der 60er Jahre des vorigen Jahrtausends im Zusammenhang mit vielen Protestbewegungen – so dem Widerstand gegen den Krieg der USA in Vietnam, den Pariser Studentenrevolten 1968 u.a.m. Eine Einordnung sowohl in diesen „älteren“ historischen Kontext als auch Beschreibung des Ausgangspunktes der neueren Entwicklung – Brasilien“ findet sich bei Carsten Herzberg „Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre“. ¹⁴ Dieser Band ist nicht nur wegen der historischen Abläufe lesenswert; er enthält auch detaillierte Abläufe zur Organisation dieses Prozesses, zahlreiche Dokumente zu Geschäftsordnungen, Formblättern und Investitionsplänen, sowie Überlegungen zu Begrenztheit dieses Modells auf die spezifischen Bedingungen in Brasilien und möglichen Anwendungen bestimmter Erfahrungen in Europa.

Hier soll schwerpunktmäßig nur auf Entwicklungen in Deutschland eingegangen werden:

Im Jahr 2000 von der Bertelsmann-Stiftung zusammen mit dem Innenministerium NRW initiiert, dann im Verbund anderer Stiftungen, gibt es inzwischen zahlreiche Kommunen in Deutschland, die den Weg zu einer partizipativen Haushaltspolitik (Bürgerhaushalt) beschritten haben. Eine Übersicht findet sich im Internet unter: www.buergerhaushalt.de.

Sowohl die Idee als solche, als auch Workshops zu deren Verbreitung und Implementierung in den Kommunen sind vielfach dokumentiert; ebenso die in den

¹⁴ Dabei ist Porto Alegre nicht wie oft fälschlicherweise angenommen die erste brasilianische Stadt, die einen Bürgerhaushalt praktiziert hat, sondern deswegen Nenn-Beispiel, weil hier zuerst die positiven Auswirkungen dieses Modells deutlich geworden sind.

jeweiligen Bereichen erzielten Ergebnisse und Evaluationen zum Verlauf der Prozesse.

Da diese Expertise sich vorrangig mit den Prozessen in Lichtenberg befasst, sollen aus der zahlreichen Literatur nur einige Titel hervorgehoben werden.

Eine der ersten Broschüren mit Ergebnissen aus mehreren deutschen Kommunen ist:

- Kommunaler Bürgerhaushalt in Nordrhein-Westfalen. Zwischenbericht. Hrsg. Innenministerium NRW in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann-Stiftung. Düsseldorf o.J.

In den folgenden Jahren fanden Workshops in Regie der Bundeszentrale für politische Bildung und gemeinsamer Verantwortung der großen politischen Stiftungen in Deutschland statt. Diese sind dokumentiert in:

- „Berliner Bürgerinnen und Bürger beraten über den Haushalt – Berlin-Mitte als Modell?“ Workshopbericht vom 10. Dezember 2003 im JugendKulturZentrum PUMPE, Berlin, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn o.J.
- Bürgerhaushalt in Großstädten. Arbeitsmaterialien für die Umsetzung. Dokumentation der Ergebnisse des Workshop „Bürgerhaushalt für Berliner Bezirke: Lesbar, verständlich, für und mit Bürger/innen“. hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2005

Beide Dokumentationen enthaltenen zahlreiche weitere Literaturhinweise. Hervorgehoben werden soll eine Handreichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu den am häufigsten von Bürgerinnen und Bürger selbst zu dieser Methode gestellten Fragen: „Fragen und Antworten zum Bürgerhaushalt. Arbeitsmaterial Seminarreihe Partizipative Haushaltspolitik“.¹⁵

In allen genannten, sowie zahlreichen kleineren Publikationen der einzelnen Stiftungen wird in der Regel keine Vernetzung der Instrumente geschlechtergerechte Haushaltsführung und Bürgerhaushalt hergestellt. In o.g. Workshops wurde dieser Aspekt noch nicht einmal thematisiert. Deshalb sei abschließend noch auf das Lese- und Arbeitsbuch von Petra und Lutz Brangsch verwiesen:

- Haushalt, Haushaltspolitik und Demokratie. Bedingungen und Strategien einer partizipativen Haushaltspolitik. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte No 54, Berlin, 2005

Sowohl dort, als auch auf der Internet-Seite der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema Partizipation – www.partizipativerhaushalt.de - finden sich die Bezüge beider Methoden aufeinander.

Ebenso zahlreich sind inzwischen die Publikationen zum Thema Gender budgeting. Auch hier findet sich eine Übersicht im Internet unter www.gender-budgets.de bzw. www.gender-budgeting.de.

¹⁵ Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin o.J.

Neben Berlin ist Nordrhein-Westfalen federführend bei der Anwendung dieser Methode gewesen, deshalb hier nur der Hinweis auf die derzeit aktuellste Publikation¹⁶ dieser Initiativen:

- Gender Budgeting in NRW – Dem Ziel näher kommen. Dokumentation der Veranstaltung vom 18. Februar 2005. Hrsg. Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW, Düsseldorf, 2005

Für die Berliner Initiative sei verwiesen auf:

- Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung. Zweiter Bericht über Gender Mainstreaming einschließlich Gender budgeting in der Berliner Verwaltung. Berichtszeitraum April 2003 bis März 2004. Berlin, 2004
- Dritter Bericht über Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in der Berliner Politik und Verwaltung (Berichtszeitraum Sommer 2004 – Sommer 2005)

Eine Vielzahl weiterer Dokumente und aktueller Informationen zum Entwicklungen in Berlin finden sich auf der Seite

www.berlin.de/senwiarbfrau/frauen/gender_gs/berichte.htm

Verwiesen werden soll an dieser Stelle auch auf das in Österreich erschienen und über Attac Österreich zu beziehende Material

- „Gender budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung. Wien, 2004.

Es enthält sowohl Betrachtungen zu den theoretischen Grundlagen dieser Methode, als auch zu in Deutschland, Österreich und der Schweiz erzielten Ergebnissen. Weiterhin gibt es hier methodische Handreichungen und Argumentationshilfen für den Einstieg in Gender Budgeting.

Internationale Erfahrungen sind gut dokumentiert in „Frauen machen Budgets“¹⁷ bzw. bei einer der Aktivistinnen dieser Methode, Debbie Budlender¹⁸.

¹⁶ Eine umfassende Übersicht zur Literatur und den Aktivitäten in Deutschland findet sich in meiner Studie „Geschlechtergerechtigkeit als Partizipationskonzept - Gender Budgeting als Partizipationsmethode. Erfahrungen und Probleme aus theoretischer und praktischer Sicht“.

¹⁷ Beigewum (Hrsg.) (2001) Frauen machen Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien

¹⁸ Budlender D. (2002) Gender Budgets make more cents. Country studies and good practice. London

2. Beschreibung der Aktivitäten in Berlin-Lichtenberg

2.1. Partizipative Haushaltsaufstellung

Das Bezirksamt von Lichtenberg hat am 19. August 2003 einstimmig beschlossen, ein Projekt zur partizipativen Haushaltsaufstellung durchzuführen. Die Umsetzung dieses Anliegens erfolgt gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Finanzen. In Vorbereitung und Durchführung wurden und werden im Bezirksamt mit den Fraktionen zahlreiche Diskussionen und Workshops durchgeführt – auf deren detaillierte Darstellung kann hier verzichtet werden, da diese bereits in dem erwähnten Lese- und Arbeitsbuch von Petra und Lutz Brangsch beschrieben wurden.¹⁹

In der im Anhang beigefügten „Rahmenkonzeption Beteiligungsverfahren für den Bürgerhaushalt in Berlin Lichtenberg“ (Beschluss des Lenkungsgremiums vom 27.04.2005) sind die einzelnen Schritte, deren jeweilige Ziele und AkteurInnen detailliert beschrieben, so dass sich die Darstellung hier auf die wesentlichen Eckpunkte beschränken kann:

- von April bis September 2005 fand die Ankündigung dieses Vorhabens durch Medienkampagnen, den Internet-Auftritt und zahlreiche Print-Produkte statt. Es gab direkte Gespräche mit BürgerInnen bzw. wurden Versammlungen zur Information über das Anliegen genutzt. Weiterhin wurde in diesem Zeitraum eine Fragebogenaktion mit signifikant ausgewählten Haushalten durchgeführt.
- Am 24. September 2005 fand die sehr gut besuchte Auftakt-Veranstaltung statt. Diese war eine gelungene Mischung aus Event, Informationsveranstaltung, Diskussionsrunden und Bürgerversammlung. Die gewählten VertreterInnen aller Parteien in Lichtenberg haben sich dort nochmals ausdrücklich zum Bürgerhaushalt bekannt und eine entsprechende Vereinbarung unterschrieben. Bürgerinnen und Bürger haben während der Veranstaltung sowohl Erwartungen und Hoffnungen formuliert, als auch Ängste und Unsicherheiten im Zusammenhang mit dieser Initiative geäußert. Durch zahlreiche Gespräche in Kleingruppen bzw. auf dem „Markt der Möglichkeiten“ mit VertreterInnen des Bezirksamtes konnten viele Fragen geklärt und Impulse für das weitere Verfahren gegeben werden. Eine wesentliche Unterstützung war auch der ausgegebene „Lichtenberger Produktkatalog 2006“ (Muster siehe im Anhang), der die einzelnen steuerbaren Produkte ausführlich erläutert und gleichzeitig Raum gibt für die Vorschläge der BürgerInnen.

¹⁹ ebenda, S. 87-91

- Danach fanden von Oktober bis Dezember 2005 in den 5 Stadtteilen Lichtenbergs dezentrale Bürgerversammlungen statt. Hier wurden durch die Bürgerinnen und Bürger bereits konkrete Vorschläge erarbeitet und bewertet. Weiterhin wurden die StadtteilsprecherInnen gewählt.

Sowohl bei der extern vergebenen Moderation dieser Veranstaltung als auch bei der Wahl der SprecherInnen wurde darauf geachtet, dass das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit eingehalten wurde – Besetzung jeweils durch einen Mann und eine Frau. Auch die Beteiligung an den Veranstaltungen (obwohl in dieser Hinsicht ungesteuert) ergab eine nahezu paritätische Zusammensetzung der erschienen BürgerInnen. Altersgruppen bzw. VertreterInnen verschiedenster Organisationen waren auf den ersten Blick ebenfalls durchaus angemessen beteiligt – zur genaueren Analyse muss hier auf die begleitende Auswertung durch die Arbeitsgruppe der Verwaltungsakademie in Speyer (Leitung Prof. Klages) verwiesen werden.

Nach der Diskussion der erarbeiteten Vorschläge auf den dezentralen Bürgerversammlungen und im Internet erfolgte am 12. November 2005 das Treffen des Redaktionsteams. Dieses besteht aus der Projektleitung, MitarbeiterInnen der beteiligten Verwaltungsbereiche und den gewählten SprecherInnen der BürgerInnen Lichtenbergs. Dieses Team hat die Vorschläge zunächst nach zwei Kriterien sortiert:

- Betrifft der Vorschlag einen Zuständigkeitsbereich des Bezirksamtes?
- Betrifft der Vorschlag den Bereich der steuerbaren Produkte innerhalb des Bürgerhaushalts?

Dadurch reduzierten sich die vorliegenden 99 Vorschläge um 46. Die verbleibenden 53 Vorschläge wurden thematisch zusammengefasst, ausführlich erläutert und für den weiteren Abstimmungsverlauf aufbereitet. Ein entsprechendes Protokoll, sowie die entsprechenden Vorschläge wurden ins Internet eingestellt.

- Die Abstimmung zu den einzelnen Vorschlägen erfolgte dann auf 3 Wegen:
 - per Internet
 - per Abstimmungsbogen, der an zufällig ausgewählte BürgerInnen versandt wird
 - auf der Abschlussveranstaltung.
- Die Abschlussveranstaltung erfolgt am 21. Januar 2006. Eine Grafische Übersicht zu den Beschlüssen findet sich im Anhang.

2.2. Der Gender-Budgeting-Prozess

Der Entschluss des Bezirksamtes Lichtenberg zur Einführung von Gender Budgeting steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entscheidung des Landes Berlin zu dieser politischen Strategie. Die Entwicklung dieser Initiative in Gesamt-Berlin, einzelne Schritte, Beteiligte und Ergebnisse sind inzwischen mehrfach dokumentiert, entsprechend wird hier auf diese Darstellung verzichtet²⁰.

Zu den Entwicklungen in Lichtenberg²¹:

Bereits 1999 beschloss das Bezirksamt frauenpolitische Leitlinien, die der Förderung dienen sollten von

- der ökonomischen Selbständigkeit von Frauen
- der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Erziehung und/oder Pflege
- einer frauen- und familiengerechten Stadtplanung
- einer öffentlichen Auseinandersetzung über Gewalt gegen Frauen und Mädchen
- der Selbstorganisation/Partizipation von Frauen und Mädchen.

Die Umsetzung dieser Leitlinien war und ist Aufgabe der einzelnen Fachabteilungen. Auf Basis des „Leitfaden zum Gender Mainstreaming in der Berliner Bezirksverwaltung“²² wurde im Juni 2001 beschlossen

- Gender Mainstreaming einzuführen
- eine geschlechterdifferenzierte Datenerfassung durchzusetzen
- Gender-Trainings für Führungskräfte mit Ergebnisverantwortung zu organisieren
- sich an einem Pilotprojekt zu beteiligen.²³
- jährlich einen Gleichstellungsbericht zu erstellen²⁴.

Es folgten die Benennung von zwei Genderbeauftragten (im März 2003), ein erstes Führungskräfte-Training und die Gründung einer Steuerungsrunde (beides im Mai 2003) und im Juni 2003 die Erklärung zur Beteiligung am Pilotprojekt

²⁰ s. insbesondere den 1., 2. und 3. Bericht Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung

²¹ Diese Darstellung beruht zum Teil auf dem Referat der Gleichstellungsbeauftragten im Bezirksamt Lichtenberg, Regina Schmidt, auf der Tagung „Gender Mainstreaming in der Jugendarbeit“ am 5.11.2005 „Gender Mainstreaming im Bezirksamt Lichtenberg. Strategie zur Verbesserung der Chancengleichheit der Geschlechter“

²² erarbeitet durch die Landesarbeitsgemeinschaft der bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

²³ Im Januar 2003 wurden Jugendförderung und Stadtplanung als Pilotbereiche festgelegt.

²⁴ Der erste Bericht erschien im September 2003.

der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Wirtschaft und Frauen zu Gender Budgeting.

Das Bezirksamt Lichtenberg entschied sich, zunächst folgende sechs Produkte zu analysieren

- Entleihungen in den Bibliotheken
- Vermittlung von Medienkompetenz
- Lehrveranstaltungen der Volkshochschule
- Bereitstellung von Sportanlagen
- Bereitstellung von Sportanlagen auf Schulstandorten
- Allgemeine Kinder- und Jugendförderung.

Maßgebend für die Auswahl gerade dieser Produkte waren dabei folgende Aspekte:

- die finanzielle Relevanz (die Summe aller Produktbudgets sollte mindestens 8.v.H. des Produktsummenbudgets umfassen)
- die bezirkliche Steuerungsrelevanz (es sollte sich um Produkte handeln, bei denen der Bezirk Lichtenberg direkt oder indirekt auf die Zielgruppen und die Ergebnisse Einfluss nehmen kann)
- die Zielgruppe sollte individualisierbar sein, um eine aussagekräftige, geschlechterdifferenzierte Nutzen-Analyse vornehmen zu können.²⁵

Die erzielten Ergebnisse werden im Kapitel 3 dieser Expertise vorgestellt und interpretiert. Sie wurden am 10. August 2005 im Bezirksamt Lichtenberg öffentlich präsentiert und liegen auch in einer separaten Publikation vor.²⁶ Darüber hinaus fand zu einem der ausgewählten Produkte, der allgemeinen Kinder- und Jugendförderung, am 5. November 2005 eine Fachtagung zum Thema „Gender Mainstreaming in der Jugendarbeit – Willkommen im Alltag?!“ im Rathaus Lichtenberg statt.²⁷

Im Haushaltsjahr 2004 wurden 18 Produkte aus den unterschiedlichsten Bereichen im Wert von 17,4 Millionen Euro (das entspricht 13,4% des Produktgesamtbudgets) in die Gender Budgeting Analyse einbezogen.²⁸ Eine solche sukzessive Erweiterung der einbezogenen Produkte (Haushaltsbereiche) ergibt sich nicht nur logisch aus dem Wunsch, das einmal beschlossene Verfahren immer umfassender umzusetzen. Vielmehr ist es ein notwendiger Bestandteil dieser Methode selbst. Regina Frey verweist in ihren Thesen zur Umsetzung und zur künftigen Gestaltung dieser Verfahrensweise in Gesamt-Berlin²⁹ zu Recht dar-

²⁵ Vgl. Zwischenbericht über die Einführung von Gender Mainstreaming (einschließlich Gender Budgeting) im Bezirksamt Lichtenberg von Berlin. Stand 30. April 2004, S. 12

²⁶ s. Zwischenbericht, a.a.O:

²⁷ Eine Veröffentlichung dazu ist geplant.

²⁸ s. Anlage zum Vorbericht zum Haushaltsplan 2006/2007 des Bezirksamtes Lichtenberg

²⁹ Regina Frey „Ein gerechter und transparenter Haushalt in Berlin durch Gender Budgeting?“

auf, dass die Auswahl nur einiger Bereiche und Ressorts („aus Gründen der Machbarkeit“, im Rahmen von Pilotprojekten u.a.m.) ein Risiko für diese Methode darstellt. Es werden nämlich häufig Bereiche ausgewählt, in denen insgesamt mehr Frauen partizipieren bzw. profitieren. Fehlinterpretationen zu erreichten Ergebnissen zur Geschlechtergerechtigkeit sind damit vorprogrammiert. Dieses in der Anfangsphase nicht zu vermeidende geschlechterpolitische Risiko muss stets gesehen und in die Auswertung einbezogen werden. Nur durch die ständige Erweiterung der einbezogenen Bereiche und Ressorts kann es minimiert und schließlich abgebaut werden.

Im Gegensatz zu dem unter 2.1. beschriebenen Verfahren der partizipativen Haushaltsaufstellung ist das Gender-Budgeting-Verfahren im Bezirksamt Lichtenberg (ähnlich wie in Gesamt-Berlin) eher als Methode in der Verwaltung konzipiert und durchgeführt worden. Eine solche Verfahrensweise hat den Vorteil, dass die Beteiligten in der Verwaltung überwiegend „hinter dem Verfahren stehen“ und sich aktiv einbringen. Die fehlende Einbeziehung von BürgerInnen, örtlichen Gruppierungen, NGO's etc. wird durchgängig in allen Stufen des Verfahrens eher als Nachteil gewertet.³⁰ Auch für die Entwicklungen in Gesamt-Berlin wird dieser „Top-down-Ansatz“ unter Einbeziehung lediglich von 2 VertreterInnen aus dem Nichtverwaltungsbereich häufig kritisiert bzw. als Nachteil gewertet.

Gleichwohl hat es im Bezirksamt Lichtenberg zu den einzelnen Produkten (Angeboten/Dienstleistungen) öffentliche Diskussionen und Einbeziehung bestimmter Gruppen gegeben. Die erreichten Ergebnisse sind der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

2.3. Wertungen zur (nicht erfolgten) Vernetzung beider Prozesse

Die Gestaltung beider Prozesse bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte zur Vernetzung, die jedoch im Falle von Berlin-Lichtenberg von beiden Seiten nicht genutzt worden sind. Hauptargument gegenüber der Autorin dieser Expertise war stets „Der jeweilige Prozess ist sehr kompliziert und schwierig den BürgerInnen zu vermitteln, deshalb musste sich auf eines konzentriert werden“.

Die Schwierigkeit solcher Prozesse soll hier weder in Abrede gestellt noch unterschätzt werden – es sei mir jedoch der Hinweis gestattet, dass internationale Erfahrungen (besonders aus Brasilien) zeigen, dass diese durchaus gemeistert werden können³¹.

Ob in der Konzeptionsphase für die Prozesse eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem jeweils anderen Instrument erfolgte und die Nicht-Einbeziehung

Thesen zur Veranstaltung am 24. August 2005 im Roten Rathaus – s. die Internet-Seite der Berliner Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin

³⁰ Zur ausführlichen Bewertung des Verfahrens s. Schubert-Lehnhardt, 2004

³¹ vgl. Herzberg C. a.a.O.

desselben dann bewusst beschlossen wurde, war nicht Gegenstand dieser Untersuchung. Genau in den jeweiligen Planungsphasen hätte jedoch bewusst das Ziel „Vernetzung beider Prozesse“ formuliert und methodisch wie personell abgesichert werden müssen.

Die Sechs Phasen der Planung

- 1. Begeisterung**
 - 2. Verwirrung**
 - 3. Ernüchterung**
 - 4. Suche nach den Schuldigen**
 - 5. Bestrafung der Unschuldigen**
 - 6. Auszeichnung der Nichtbeteiligten³²**
-

Das Nebeneinander-Stellen der Prozesse im wörtlichen Sinne beginnt bei der Darstellung der beiden Strategien und ihrer Ziele im Internet (es wurde vorn schon darauf verwiesen, dass keine gegenseitige Verlinkung erfolgt ist). Auch die jeweils gedruckten Informationen hätten durchaus Raum für wechselseitige Verweise geboten. Da diese auch neugierig machen sollten, muss nicht unbedingt angestrebt werden, dass jedes einzelne Detail bereits beim ersten Lesen verstanden wird. Die zahlreichen Informationsveranstaltungen sollten ja auch der Klärung offen gebliebener Fragen dienen. Spätestens auf diesen hätten Hinweise auf den jeweils anderen Prozess erfolgen können (und müssen). Insbesondere die „Kick-off-Veranstaltung“ zum Bürgerhaushalt wäre auf Grund des hier enthaltenen „Markt der Möglichkeiten“ ein idealer Ort für die Vorstellung von „geschlechtergerechter Haushaltsführung“ gewesen. Dies umso mehr, da zu diesem Zeitpunkt bereits Ergebnisse zu Gender Budgeting vorlagen und außerdem zahlreiche MitarbeiterInnen des Bezirksamtes anwesend waren und für erläuternde Gespräche zur Verfügung gestanden hätten.

Bei der breit gestreuten Information und zielgerichteten Einladung von Lichtenberger Bürgerinitiativen etc. zu dieser Veranstaltung wurde davon ausgegangen, dass ziemlich das gesamte Spektrum von Bürgerinnen und Bürgern vertreten sein wird. Der Blick auf das Alter und die an den Pin-Wänden vorgestellten Interessengruppen scheint diese Strategie zu bestätigen. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass die bloße Anwesenheit aller für Lichtenberg relevanten Gruppie-

³² Unbekannter Satiriker aus: Ackermann P. Bürgerhandbuch. Basisinformationen und 57 Tipps zum Tun. Wochenschau Verlag, 1998, S. 189

rungen noch keine Garantie für eine ausgewogene Berücksichtigung ihrer Interessen bietet. Schon im Bericht der externen Organisationsberatung über das „Pilotprojekt Gender Mainstreaming im Bezirksamt Lichtenberg“ musste das Fazit gezogen werden, „dass allein die Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern an der Planung nicht zu geschlechtergerechten Entwürfen führt. Vielmehr ist ein spezifischer Blick auf Geschlechteraspekte notwendig, um beispielsweise die Sicherheit von Frauen und die Vermeidung oder Vereinfachung von Begleitmobilität zu gewährleisten“.³³

Wie vorn beschrieben, wurden auf dieser „Kick-off-Veranstaltung“ auch an alle Anwesenden ein Produktkatalog für das Jahr 2006 ausgegeben, der auf jeweils einzelnen Blättern die jeweiligen „Produkte“ (Angebote, Dienstleistungen der Bezirksverwaltung) beschreibt und dabei die Punkte enthält:

- Produkt
- Von wem?
- Für wen?
- Das Ziel?
- Was wird getan?
- Erfolgskriterien
- Berechnungsgrundlage

Dies ist durchaus analog zum Aufbau der Gender Budgeting Analyse zu sehen. Für das methodische Vorgehen dort hatte die Steuerungsgruppe folgende Punkte festgelegt:

- Produkt
- Zielgruppe
- Zielsetzung
- Leistungsumfang
- Qualitätsindikatoren
- Vergleich zur Bevölkerungsstruktur
- Nutzen für ein geschlechterdifferenziertes Verwaltungshandeln
- Vergleich mit anderen Bezirken

Das Produktblatt für den Bürgerhaushalt spricht zwar stets Personen beiderlei Geschlechts an, enthält jedoch nicht eine entsprechende Zielvorgabe zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit. Dies ist umso bedauerlicher, da es sich bei eine Reihe von Produktblättern genau um diejenigen Produkte (Dienstleistungen) handelt, die auch für das Gender Budgeting Verfahren ausgewählt worden sind (Z.B. Produktblatt Nr. B0105 Bereitstellung aller Sportanlagen, Nr. 78352 Jugendsozialarbeit, Nr. 79026 Volkshochschule usw.). Auch viele weitere Pro-

³³ Anlage zum Zwischenbericht über die Einführung von Gender Mainstreaming (einschließlich Gender Budgeting) im Bezirksamt Lichtenberg von Berlin. Stand 30. April 2004, S. 32

duktblätter (Dienstleistungen) haben einen deutlichen Geschlechterbezug – so u.a. Produktblatt Nr. 78793 Angebote und Veranstaltungen für Senioren oder Nr. 72628 Programmangebot Bildende Kunst.

Eine weitere (späte) Chance zum Einbau des Aspektes Geschlechtergerechtigkeit (auch hinsichtlich seiner „eye-opener-Funktion“) bestand bei der ersten Zusammenkunft der gewählten SprecherInnen der einzelnen Stadtteile. Hier wurden nochmals bestimmte theoretische Voraussetzungen und praktische Schritte erläutert und diskutiert (s. den entsprechenden Bericht über diese Zusammenkunft, die dort erfolgten Schritte und Auswahlkriterien im Internet). Insofern wäre dieser Zeitpunkt zur Vernetzung beider Prozesse ebenfalls noch möglich gewesen und hätte gleichzeitig dazu beigetragen können, weitere Aspekte von Gerechtigkeit in den Prozess einzubringen. Wie aus dem Protokoll hervorgeht, sind „lebensweltliche Merkmale“ (Altersgruppen, Situation von MigrantInnen, behinderten Menschen etc.) offensichtlich nicht in die Auswahlkriterien eingeflossen.

Eine ähnliche Zurückhaltung musste bei der „Öffentlichen Präsentation des Standes der Einführung von Gender Mainstreaming im Bezirksamt Lichtenberg“ am 10. August 2004 festgestellt werden. Hier wurde jedoch zumindest in den einführenden Worten der Bezirksbürgermeisterin, Christina Emmerich, auf das Vorhaben „Bürgerhaushalt“ verwiesen. Leider wurde dieser Ansatz in den folgenden Darstellungen und Diskussionen nicht im Sinne einer Vernetzung beider Prozesse aufgegriffen und ausgebaut.

Ebenfalls wurde dadurch eine Möglichkeit zur Erhöhung der BürgerInnenbeteiligung am Haushaltsverfahren verschenkt. Regina Frey stellt für Gesamt-Berlin ebenfalls fest, dass die Chancen durch Gender Budgeting generell die Mitsprache von BürgerInnen an Haushaltsentscheidungen zu erhöhen, bisher kaum genutzt worden sind.³⁴

3. Vorstellung der erzielten Ergebnisse in Berlin-Lichtenberg in Hinblick auf Gender Budgeting

Wie unter Punkt 2.2. beschrieben erfolgte die Auswahl der Produkte (Angebote bzw. Dienstleistungen) des Bezirksamtes Lichtenberg vor allem unter „Machbarkeitskriterien“. Diese bergen jedoch zum einen das vorn bereits beschriebene Risiko, gerade solche Bereiche oder Ressorts abzubilden, in denen Frauen besonders partizipieren bzw. profitieren. Zum anderen verführt der Ausgangspunkt „vorhandene Daten“ geradezu dazu, in den Veröffentlichungen zu den Ergebnissen wiederum sehr stark Zahlenmaterial vorzustellen. Die Begründungen/Zielbestimmungen des gesamten Prozesses und des Anteils bzw. Beitrages des gewählten Produktes am Richtungspunkt Geschlechtergerechtigkeit wird

³⁴ Regina Frey „Ein gerechter und transparenter Haushalt in Berlin...“, a.a.O.

demgegenüber vernachlässigt. Dies wird besonders am gedruckt und im Internet vorliegenden Zwischenbericht Lichtenbergs zu Gender Mainstreaming (einschließlich Gender Budgeting) vom April 2004 deutlich. Deshalb wird im folgenden Teil jeweils zunächst kurz auf die Relevanz der jeweiligen Produkte/Bereiche für eine demokratische Teilhabe aller BürgerInnen eingegangen. Erst danach erfolgt die Vorstellung der Ergebnisse. Dabei wurde sowohl der o.g. Zwischenbericht zum Jahr 2003, als auch bereits vorliegendes Material für 2004 zu Grunde gelegt und verglichen. Die vorliegenden Berichte sind m.E. stark für das Verwaltungshandeln bzw. von den Lesegewohnheiten der Menschen in Verwaltungen geprägt. Insbesondere die aufgeführten Tabellen und Datenzusammenstellungen sind für „normale BürgerInnen“ überfrachtet und daher nur schwierig verständlich. Insofern wurden für die Darstellung hier nur Teile aus diesem Zahlenmaterialien übernommen bzw. die Beschreibungen in den Tabellen verändert.

3.1. Bibliotheken

Kein Gesetz in Deutschland schreibt die Einrichtung von öffentlichen Büchereien vor – und doch gehören sie zum Standard in den meisten Städten und Gemeinden. Sie ermöglichen der Bevölkerung nicht nur sich optimal mit Medien aller Art zu versorgen, sie garantieren auch im Sinne des Grundgesetzes den Zugang zu Informationen, sind Orte der Kommunikation, kulturelle Zentren und Stätten der literarischen Begegnung.

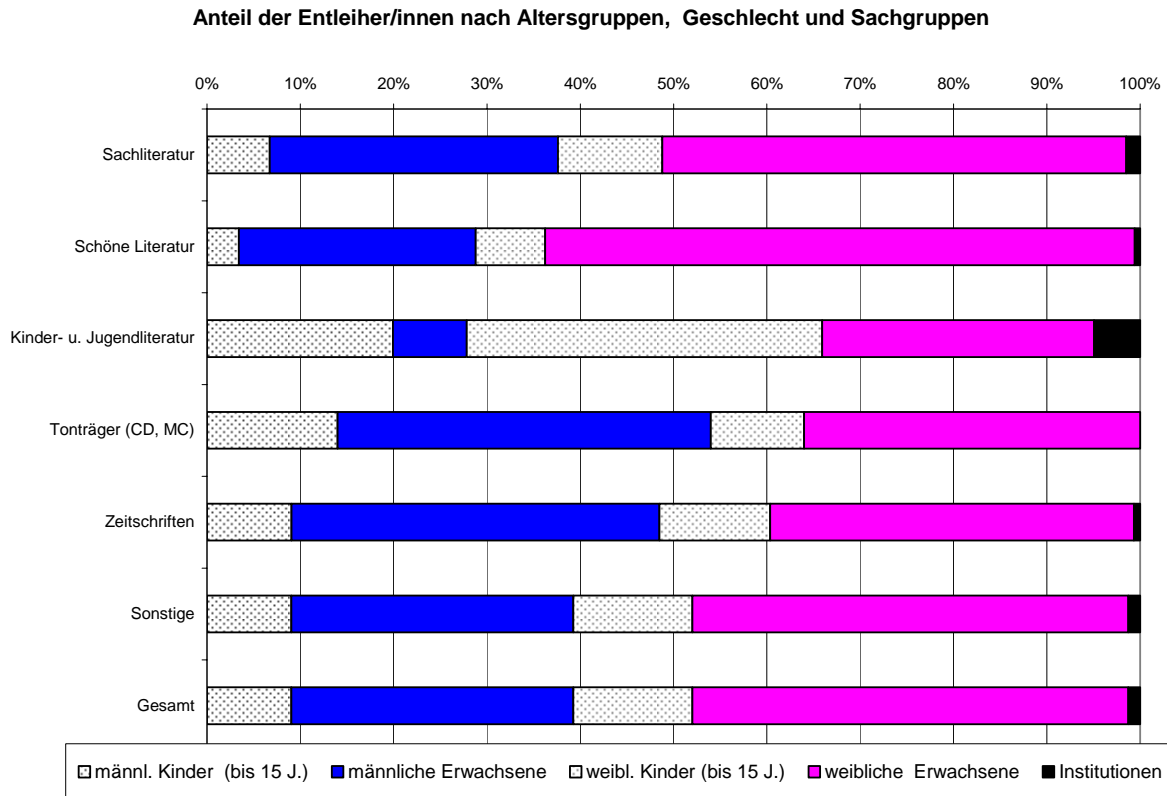
Sie spielen nicht nur eine wichtige Rolle als Ort des Wohlfühlens und der Arbeit in den Kommunen. Für viele Menschen ermöglichen sie durch die hier erhältlichen Informationen notwendige Aus- und Weiterbildung im Beruf, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und demokratischen Entscheidungsprozessen. Veränderungen des Personalbestandes, der Öffnungszeiten, der Nutzungsgebühren, des aktuellen Bestandes usw. beeinflussen daher stets auch die Informationsmöglichkeiten und Bildungschancen der Bürgerinnen und Bürger.

In vielen Kommunen Deutschlands wirkt sich die notwendige sparsame Haushaltsführung zunehmend auch im Bibliothekswesen aus – Schließungen vor allem von Stadtteil- und Fahrbibliotheken, Personalkürzungen (und damit Verkürzung der Öffnungszeiten), langsamere Erneuerung des Bestandes u.a.m. sind an der Tagesordnung. Im Sinne des oben beschriebenen geschlechterdifferenzierten Ansatzes ist vor solchen Entscheidungen stets zu prüfen,

- welche Bevölkerungsteile hiervon besonders betroffen sind und
- ob dadurch bestehende Ungleichheiten weiter vertieft werden So sind z.B. in sozial schwachen Haushalten seltener Zugang zum Internet oder eigene Zeitschriften und Zeitungen vorhanden. Es werden mehr öffentlich zugängliche Medien genutzt. D.h. eine Einschränkung bei den Bibliotheken trifft diesen Personenkreis stärker als andere Haushalte und trägt daher zur

weiteren Vertiefung der Bildungskluft zwischen Kindern aus „armen“ und „reichen“ Haushalten bei.

Für Lichtenberg wurden im Haushaltsjahr 2003 in den 4 Standorten der Stadtbibliothek zunächst sowohl die Entleihungen nach Frauen und Männern getrennt erfasst, als auch die von ihnen jeweils bevorzugte Mediengruppe.



35

Mit 59,5% waren Mädchen und Frauen die häufigsten Nutzer/innen der Bibliotheken. Dieser Anteil ist 2004 noch gestiegen. Bevorzugt wurde von ihnen nicht nur „schöne Literatur“, sondern auch Sachliteratur ausgeliehen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Ausleihe noch keine unmittelbaren Rückschlüsse auf das Leseverhalten zulässt – durchaus denkbar ist auch, dass Frauen in den Familien diejenigen sind, die für andere Familienmitglieder mit „ausleihen“.

Insofern kam die Arbeitsgruppe 2003 zu der Schlussfolgerung, dass sowohl zusätzliche Befragungen vor Ort durchgeführt werden müssten, als auch ein Vergleich aller Berliner Öffentlichen Bibliotheken von Nutzen wäre.

Weiterhin sollte die vorhandene Medienkompetenz (wer nutzt wozu Bücher, Zeitschriften, Internet, CD's usw.) gezielt untersucht werden. Nur so können Maßnahmen zur zielgerichteten Förderung (z.B. Lesefähigkeit bei Jungen, Internet-Nutzung bei Mädchen) von Kompetenzen und damit für die Herstellung von Chancengleichheit im späteren Beruf entwickelt werden. 2004 wurde auf

³⁵ Zwischenbericht über die Einführung von Gender Mainstreaming..., S. 14

Grund der erzielten Ergebnisse entschieden, dass die Bibliotheksangebote speziell für die 13-17jährigen unter Beachtung geschlechterspezifischer Interessen und Verhaltensweisen neu gestaltet werden müssen.

3.2. Volkshochschulen

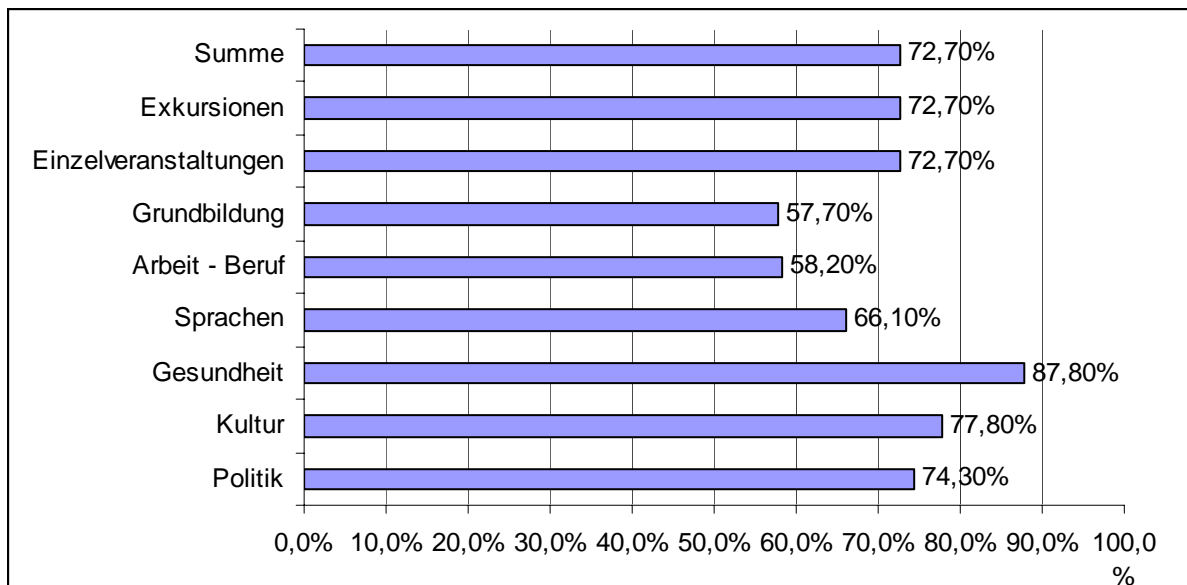
Lebenslanges Lernen ist in unserer Informations- und Wissensgesellschaft zunehmend notwendig sowohl zur Erhaltung beruflicher Chancen, als auch zur Teilhabe an gesellschaftlichen Entwicklungen (verwiesen sei z.B. auf spezielle internet- oder auch Handy-Kurse für Seniorinnen und Senioren). Insofern spielen die Angebote der Volkshochschulen nicht nur eine wichtige Rolle zur Vermittlung individuell gewünschter Kenntnisse (Sprachen, Kreativtechniken u.a.m.), sondern werden immer mehr immanenter Bestandteil der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung. Sie sollen dazu befähigen, die durch Geschlecht, kulturelle und soziale Herkunft oder durch gesellschaftliche Entwicklungsprozesse entstandenen und neu entstehenden Ungleichheiten zu überwinden und besondere biografische Umbruchsituationen zu bewältigen.

Volkshochschulen sind gemeinnützige Einrichtungen. In der Regel finanzieren sie sich durch Zuschüsse des Landes, der Gemeinden und Einnahmen aus Teilnehmerentgelten. Im Gegensatz zu privaten Bildungsanbietern müssen Volkshochschulen zu ihrer Finanzierung zwar beitragen (d.h. in bestimmten Umfang Einnahmen erzielen), jedoch keinen Gewinn. Dadurch sowie durch die o.g. Zuschüsse können sie bei gleicher Qualität der Bildungsangebote ihre Kurse finanziell günstiger anbieten als gewerbliche, kapitalistische Unternehmen. Damit ist der Zugang zu den Angeboten der Volkshochschule auch für Menschen in unteren Einkommensgruppen möglich, eine Kürzung der Bezuschussung oder Einschränkung der Angebote würde also Geringerverdienende besonders treffen.

Gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Berliner Volkshochschulen werden bei der Anmeldung bereits solche Daten wie Alter und Geschlecht, belegte Kurse, Entgelte und Ermäßigungen erfasst. Deren bisher erfolgte Auswertung für Lichtenberg ergab, dass nahezu Dreiviertel (72,7%) aller Lehrveranstaltungen von Frauen besucht werden.

Anteil der Frauen an Lehrveranstaltungen der VHS Lichtenberg nach Programmbereichen im Jahr 2003³⁶

³⁶ Zwischenbericht zu Gender Mainstreaming..., S. 19, Hervorhebung der letzten Zeile von mir- V.SL



Kürzungen der Angebote oder Preiserhöhungen würden also vor allen Frauen betreffen.

Auch hier erscheinen weitere Untersuchungen sinnvoll – z.B. zu folgenden Problemkreisen:

- Warum fühlen sich Männer von den derzeit angebotenen Kursen weniger angesprochen?
- Welche Ergebnisse zeigt ein Vergleich aller Berliner Volkshochschulen untereinander und mit anderen Kommunen?
- Untersuchungen der Stadt Köln³⁷ verweisen außerdem auf die Notwendigkeit z.B. die Kursangebote und ihre Nutzung über mehrere Jahre zu untersuchen und auch die öffentliche Bezuschussung der einzelnen Kurse in das Verfahren mit einzubeziehen. Auch die Personal- und Entscheidungsstruktur in der VHS selbst wurde in anderen Kommunen mit analysiert.

3.3. Sportstätten

Sportliche Betätigung ist zum einen notwendiger Ausgleich für einseitige Belastungen im Beruf und Haushalt und damit eine Möglichkeit zur Wahrnehmung einer individuellen Gesundheitskompetenz. Sportliche Betätigung ist zunehmend auch eine beliebte Variante des Freizeitverhaltens, der Kommunikation und zur Herstellung und Pflege gesellschaftlicher Kontakte. Insofern gehört die Art und Zugänglichkeit der kommunalen Sportstätten immer mehr zu den Quali-

³⁷ Bürgerinnen und Bürger im Spiegel kommunaler Haushaltspolitik. Gender Audit der Unterabschnitte des Produkthaushalts Volkshochschule und StadtBibliothek. KölnAgenda-FrauenForum, November 2004

tätsmerkmalen einer Kommune. Dies gilt insbesondere für Angebote im Behinderten- und Rehabilitationssport.

Seit Beginn des Schuljahres 2003/2004 wurde in den 90 Lichtenberger Sportvereinen erfasst, wie viele Mädchen und Jungen, Frauen und Männer wann und wo welche Sportarten betrieben haben.

Tabelle: Anteil der von Mädchen und Frauen im Jahre 2003 genutzten Stunden auf Lichtenberger Sportanlagen differenziert nach Sportarten³⁸

Sportart	bereitgestellte Stunden/ Woche	Nutzer /innen pro Woche	Produktbudget weibl. (v.H.)
Aerobic	52	650	87,0%
Akrobatik	24	120	91,7%
Artistik	2	4	100,0%
Badminton	36	271	57,4%
Basketball	100	604	23,8%
Behindertensport	23	155	46,5%
Bogensport	33	180	36,1%
Casting	13	75	38,5%
Faustball	10	63	28,8%
Freizeitsport	12	89	41,7%
Fußball	716	5965	3,3%
Gesundheitssport	99	951	63,1%
Gymnastik	242	2333	80,0%
Handball	184	1398	51,5%
Hockey	35	204	36,5%
Judo	116	960	34,2%
Karate	223	1808	37,1%
Kegeln	27	180	35,4%
Kinderturnen	2	6	50,0%
Kraftsport	87	265	13,4%
Kunstrad	23	15	100,0%
Leichtathletik	100	1067	44,0%
Rhönrad	6	30	100,0%

³⁸ gekürzt aus: Zwischenbericht zur Einführung von Gender Mainstreaming..., S. 21-22 (aus der Tabelle wurden der besseren Lesbarkeit wegen die Zahlenangaben in Euro nicht mit übernommen)

Sportart	bereitgestellte Stunden/ Woche	Nutzer /innen pro Woche	Produktbudget weibl. (v.H.)
Rugby	8	110	0,0%
Schach	7	25	80,0%
Schalmeien	2	40	50,0%
Senioren-sport	1	22	100,0%
Skating	6	70	50,0%
sonst. Ballspiele	68	384	19,5%
Stockkam.	2	12	50,0%
Streetball	4	50	40,0%
Tanz	159	751	65,2%
Tennis	453	1188	46,6%
Tischtennis	150	748	35,8%
Turnen	17	159	83,8%
Volleyball	469	3386	38,5%
asiat. Kampfsport	63	397	41,3%
Gesamtergebnis	3574	24735	38,3%

Die Analyse 2003 ergab als ein wichtiges Ergebnis, dass die Nutzungsstunden der Sportstätten durch Mädchen und Frauen unter ihrem Anteil an den jeweiligen Vereinsmitgliedern liegen. Hier wären dann sowohl weitere Untersuchungen zum Nutzungsverhalten, als auch eine Abstimmung mit anderen Verwaltungsebenen notwendig (so z.B. zur Gewährung von Zuwendungen).

2004 konnte dann bereits differenzierter eingeschätzt werden, dass allein die Gestaltung einer entsprechenden Infrastruktur (Gestaltung von Sportflächen, Verbesserung der Aufenthaltsqualitäten) zur Beseitigung bestehender Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern nicht ausreicht. Die Vereine müssen künftig auch durch TrainerInnen und ÜbungsleiterInnen spezifische Angebote eröffnen. Dazu gehören weiterhin sowohl eine Angebotsgestaltung als auch eine Angebotsstruktur, die den Bedürfnissen behinderter Menschen entspricht.

Weitere Nachfolgeprojekte zur gendergerechten Umgestaltung von Spielflächen sind 2007 vorgesehen.

3.4. Allgemeine Kinder- und Jugendförderung

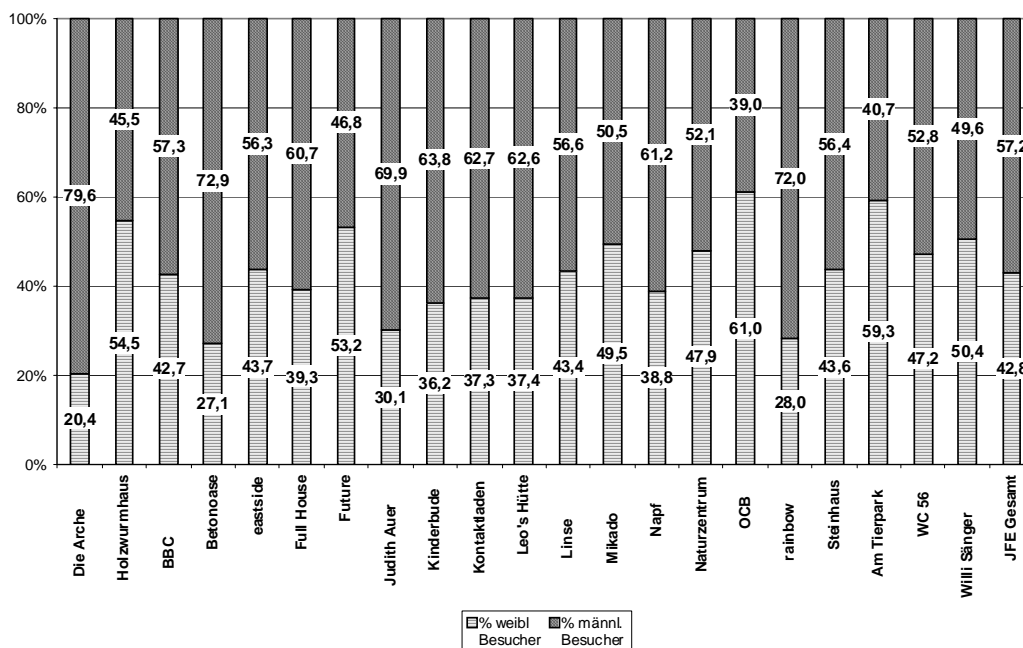
Bei der Arbeit an diesem Produkt konnte sich auf das auf Landesebene erarbeitete Handbuch „Qualitätsmanagement der Berliner Jugendfreizeitstätten“ bezo-

gen werden. Es wurden wichtige Kapitel dieses Handbuches neu bearbeitet und Genderaspekte integriert.

Ausgangspunkt der Überlegung ist, dass Angebote in diesem Bereich nicht nur unmittelbar an den Interessen junger Menschen anknüpfen müssen, sondern diese auch Mitbestimmungs- bzw. Mitgestaltungsmöglichkeiten bei diesen Angeboten brauchen. Nur so werden sie zu gesellschaftlicher Verantwortung und sozialem Engagement befähigt.

Die Erfassung des gegenwärtigen Besuchs von Jugendfreizeiteinrichtungen in Lichtenberg zeigt, dass deren Nutzung offensichtlich angebotsabhängig ist.

Tabelle: Anteil der BesucherInnen an den Angeboten und Budgets der Lichtenberger Jugendfreizeiteinrichtungen³⁹



Die weitergehende Analyse aus dem Jahr 2004 hat ergeben, dass es künftig wichtig ist, „vor allem Angebote für Mädchen im Altersbereich der 6-13-Jährigen zu stärken und so zu entwickeln, dass sich das mittelfristig auf die Altersgruppe der 14- bis 17-Jährigen positiv auswirkt. Unabhängig davon muss auch für die Altersgruppe der 14- bis 17-Jährigen das Angebot weiter gestärkt werden“.⁴⁰

Gerade im Kinder- und Jugendbereich zeigt sich auch deutlich, dass die über Geschlechterunterschiede begonnene Analyse zu weiteren Ergebnissen führt – hier zum einen im Bereich von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Diese haben „auf Grund ihrer sozialen Situation einen hohen Bedarf an

³⁹ Zwischenbericht zur Einführung von Gender Mainstreaming..., S. 24

⁴⁰ s. Anlage zum Vorbericht zum Haushaltsplan 2006/2007 – Gender Budgeting, S. 5

Angeboten in Jugendfreizeiteinrichtungen“ (ebd.). Auch schätzten die Leiter der Jugendfreizeiteinrichtungen ein, dass NutzerInnen der Einrichtungen „zunehmend aus sozial benachteiligten Verhältnissen kommen“ (damit sind nicht ausschließlich finanzielle Benachteiligungen gemeint) und dies zu einer ansteigenden Gewaltigkeit der Jugendlichen führt. Dies hat dann vor allem eine Mädchen ausgrenzende Wirkung „zum Teil aus eigener Entscheidung, zum Teil entscheiden Eltern für die Mädchen“. Hier wurde und wird gezielt an einer „Atmosphäre im Klub gearbeitet, die auch für Mädchen attraktiv ist“.

3.5. Integrative Erziehungs- und Familienberatung

Zu diesem 2004 erstmals aufgenommenen Produkt sind die Aussagen noch recht lapidar: „Eine geschlechtsspezifische Betrachtung und Förderung ist essentieller Bestandteil der Erziehungs- und Familienberatung“ – hier werden sich interessierte BürgerInnen kaum etwas darunter vorstellen können, geschweige denn Veränderungswünsche bzw. –angebote einbringen können.

Dies geht dann auch aus dem weiteren Text zu diesem Punkt hervor („keine ausreichenden Anhaltspunkte für Öffentlichkeitsarbeit“).⁴¹ Es wird eher auf Unzulänglichkeiten auf Bundesebene verwiesen – so z.B. dass die Bundesjugendhilfestatistik nicht das Geschlecht von Geschwisterkindern erfasst und auch nicht die Mitwirkung oder Erreichbarkeit von Müttern oder Vätern im Beratungsprozess. Die unterschiedliche Inanspruchnahme der präventiven Angebote wird mutmaßlich als Teil des „gesamtgesellschaftlichen Rollen- und Familienbildes“ gewertet. Hier könnte Lichtenberg durchaus eine Vorreiterrolle spielen – wenn das Bezirksamt bzw. die Gender Budgeting Gruppe beschließen würden, ihre Statistiken künftig zielgenauer anzulegen und daraus dann Angebote bedarfsge rechter zu entwickeln.

3.6. Wirtschafts- und Unternehmensberatung

Auch zu diesem Punkt steckt die Analyse erst in den Anfängen – u.a. deshalb, weil der Anteil von Frauen an den Gewerbetreibenden im Bezirk 2004 noch nicht ermittelt werden konnte.

Die erfassten Beratungen geben kaum Aufschluss, da die Gespräche nicht immer mit der Geschäftsleitung geführt worden sind, so dass Rückschlüsse als „wohl eher unzulässig“ eingestuft worden sind. Geschlechterdifferenzierte Übersichten liegen zwar vor zu Neugründungen von Unternehmen – sowohl nach Rechtsform als auch nach Branche der Gründung, allerdings können daraus derzeit noch keine Empfehlungen für künftige Angebote/Dienstleistungen des Bezirksamtes abgeleitet werden.

⁴¹ ebenda, S. 5-6

Hier wäre u.U. die Verknüpfung mit vorhandenen und realisierten Weiterbildungsangeboten im Bezirk hilfreich. Darauf wird zum Teil schon im Produkthaushaltsplan 2006 unter der Rubrik „Nutzen für ein geschlechterdifferenziertes Verwaltungshandeln“ verwiesen⁴² - allerdings unter dem Stichwort „Gewerbebescheinigungen“. Beim Produkt „Wirtschafts- und Unternehmensberatung“ ist diese Spalte noch nicht ausgefüllt – d.h. nicht bearbeitet worden.⁴³

3.7. Stadtplanung

Wie in vielen anderen Kommunen nimmt dieses Produkt eine zentrale Stelle bei der Gender Budget Analyse ein. In der „Öffentlichen Präsentation zum Stand der Einführung von Gender Mainstreaming im Bezirksamt Lichtenberg“ war ihm ein eigener Vortrag gewidmet, es liegen zahlreiche Projektberichte⁴⁴ dazu vor und es gibt auch einen eigenen Projektbeirat (bestehend aus einem Kernbeirat und Gebietsbeiräten). Da sich auch viele „Produktblätter“ des Bürgerhaushaltes sich auf Fragen der Stadtplanung beziehen, wäre also ein idealer Anknüpfungspunkt für die Vernetzung beider Prozesse gegeben.

Besondere Bedeutung bei den Anforderungen der Geschlechtergerechtigkeit hat die Verbesserung der Bedingungen für den Fußgänger- und Radverkehr sowie die Aufenthaltsqualität auf Stadtplätzen. Es wurden unter der übergeordneten Themenstellung Gender Mainstreaming bisher folgende Inhalte bearbeitet

- Gender Aspekte bei der Planung zum Vorplatz des S-Bahnhofs Wartenberg (Abwägung der Interessen eines in der Nähe befindlichen Mädchensportzentrums, Fragen der Sicherheit, Begleitmobilität)
- Gender-Aspekte bei der Neugestaltung der Freifläche Rosenfelder Ring (Abriss und Infrastruktur, barrierefreie Gestaltung öffentlicher Räume, Freizeitplatz auch für Mädchen)
- Gender Mainstreaming in der Freiraum- und Infrastrukturplanung im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost (Erarbeitung eines Kriterienkataloges)
- Gender Mainstreaming durch Partizipation in der Stadtplanung: Handlungsmöglichkeiten des Kernbeirats und der Gebietsbeiräte in Lichtenberg für das Programm „Stadtumbau Ost“.

Insbesondere mit der Schaffung dieser Beiräte hat Lichtenberg Neuland beschritten, bisher waren für Geschlechterfragen Frauenbeiräte eingesetzt. Wie im

⁴² Lichtenberg. Produkthaushaltsplan 2006. Version 9,0/2005, S. 26

⁴³ ebenda, S. 28

⁴⁴ s. insbesondere den Genderbericht 2004 – Abt. Stadtentwicklung vom 20.1.2005 sowie den durch die externen BegleiterInnen Christiane Färber und Jochen Geppert von Competence Consulting vorgelegten Bericht vom April 2004

Zwischenbericht von 2004⁴⁵ eingeschätzt wurde, stellte das „Beteiligungsmodell Kernbeirat und Gebietsbeiräte“ einen Baustein zur geschlechtergerechten Partizipation dar – das heißt, hier ist der in dieser Expertise zu untersuchende Prozess der Vernetzung in einem kleinem Stück gelungen. Gleichzeitig schätzten die Beteiligten selbst ein, dass diese Vernetzung „von der Arbeit im Bezirksamt über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bis hin zur Beauftragung des Planungsbüros“ weiter ausgedehnt werden muss. Insgesamt hat dieses Teilstück nicht nur eine vertiefte Diskussion von zwei Stadtentwicklungsprojekten gebracht. Das Bezirksamt konnte außerdem wichtige Steuerungsinstrumente für geschlechtergerechte Planung (s. Anhang) entwickeln. Unabhängig davon wurde eingeschätzt, dass eine weitere externe Begleitung dieses Prozesses wünschenswert sei.

4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die weitere Arbeit

Das Bezirksamt Lichtenberg verfügt über eine große Zahl günstiger Voraussetzungen zur Modernisierung von Verwaltungsprozessen – insbesondere auch hinsichtlich der Einbettung von Kriterien für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in einen Gesamtprozess der Beteiligung von BürgerInnen an der Haushaltsplanung. Zum einen gab und gibt es die Initiative im Bundesland Berlin, die sowohl eine umfassende Diskussion über bereits international vorliegende Erfahrungen in Gang gesetzt, diese für die Anwendung auf die Verhältnisse in Berlin modifiziert und entsprechende Verwaltungsrichtlinien entwickelt hat. Dadurch waren bereits zahlreiche Hemmnisse eliminiert, die sonst durch Überschneidungen mit übergeordneten Richtlinien entstehen können.

Es gab in Lichtenberg selbst bereits zahlreiche Erfahrungen mit Formen der Bürgerbeteiligung (verschiedene Beiratsmodelle in den Bereichen Kultur, Kleingärten, Verkehr, Denkmalfragen u.a.).

Und nicht zuletzt gab es sowohl mit der Bürgermeisterin, Frau Emmerich, dem Leiter des Personal- und Finanzservice, der Gleichstellungsbeauftragten und an vielen anderen Schaltstellen der Verwaltung Personen, die sich von Anfang an stark für das Anliegen einsetzten– d.h. anderenorts oft beklagte Widerstände in der Verwaltung selbst waren hier durch das Engagement der Verwaltungsspitze vergleichsweise gering.

Da es seit 1999 bereits „Frauenpolitischen Leitlinien“ gab, war die Arbeit der verschiedenen Fachabteilungen bereits durch die Einbeziehung des Gender-Gedanken geprägt. Zahlreiche Weiterbildungen dazu hatten stattgefunden.

⁴⁵ Zwischenbericht ... a.a.O., S. 34

Dem hier beschriebenen Top-down-Prozess fehlte jedoch –zumindest für den Bereich Gender Budgeting - eine analoge „Initiative von unten“ (Bottom-up-Prozess), die international als wichtige Voraussetzung eines Gender Budgeting Verfahrens eingeschätzt wird. Das heißt, es gab im Bereich Gender Budgeting weder Initiativgruppen oder Einzelpersonen aus Lichtenberg, die diesen Aspekt der Haushaltsführung nachdrücklich gefordert haben, noch wurden im Verlaufe der von der Verwaltung durchgeführten Prozesse solche Gruppen oder Personen einbezogen. Die Auswahl der Bereiche, die Entwicklung entsprechender Kriterien und Zielstellungen erfolgte ausschließlich durch Personen aus der Verwaltung.

Eine Ausnahme war das Projekt „Stadtumbau Ost“. Mitglieder im gegründeten Projektbeirat waren VertreterInnen des Frauennetzwerkes, der Seniorenvertretung, des Behindertenbeirats, der Bezirksverordnetenversammlung, des Fahrgastverbandes, des Bezirksschülerausschusses, des Mitgrantenrates, des Netzwerkbüros „besser leben“, der Wissenschaft und der Gebietsbeiräte⁴⁶. Die TeilnehmerInnen dieses Beirates wirkten dann auch in den folgenden Prozessen als MultiplikatorInnen des Gender-Gedankens. Weiterhin führte die bewusste Beachtung von Genderaspekten auch im Sinne der vorn beschriebenen „eye-opener-Funktion“ zur Einbeziehung von altersgerechten Belangen und der Bedürfnisse behinderter Menschen.

Leider wurde diese hier bereits erreichte und gepflegte Partizipation von BürgerInnen an Verwaltungsentscheidungen so nicht auf die anderen Bereiche (für Gender Budgeting ausgewählten Produkte) übertragen und fortgeführt. Hier erfolgte eine Einbeziehung der Bevölkerung erst mit der Präsentation des Zwischenberichtes.

Eine Ursache dafür ist sicher darin zu sehen, dass für Gesamt-Berlin die Durchführung des Gender Budgeting Verfahrens ebenfalls eher verwaltungsseitig erfolgt, das heißt, NGO´s und BürgerInnen nur marginal vertreten sind.

In Fortführung der Lichtenberger Tradition, verwaltungspolitisches Neuland zu beschreiten, könnte die Bezirksverwaltung hier bei Öffnung dieses Prozesses für Teilhabe von BürgerInnen federführend für Berlin werden. Durch den gleichfalls in Lichtenberg stattfindenden Entwicklungsgang „Bürgerhaushalt“ liegen dafür ideale Voraussetzungen vor. Allerdings müssen dafür beide Prozesse miteinander vernetzt werden.

Da Lichtenberg bisher die einzige Kommune in Deutschland ist, in der beide Prozesse schon stattfinden, wäre auch eine Kooperation auf europäischer Ebene empfehlenswert.

⁴⁶ vgl. den „Zwischenbericht über die Einführung von Gender Mainstreaming...“, S. 10ff. zur Zusammensetzung und Arbeitsweise des Beirats

5. Anhang

5. 1. Literaturverzeichnis

- Ackermann P. (1998) Bürgerhandbuch. Basisinformationen und 57 Tips zum Tun. Wochenschau Verlag
- Baumann F. Detlefsen M. Iversen S. Vogelsang L. (2004) Neue Tendenzen bei Bürgerbeteiligungsprozessen in Deutschland. Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
- Brangsch L. (2005) Bürgerhaushalt – ein Prozess kommt in Bewegung. Erste Erfahrungen und nächste Schritte. Zweiter Erfahrungsaustausch an der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 15. Oktober 2005
- Brangsch P. Brangsch L. (2005) Haushalt, Haushaltspolitik und Demokratie. Bedingungen und Strategien einer partizipativen Haushaltspolitik. Ein Lese- und Arbeitsbuch. Berlin
- Beigewum (Hrsg.) (2001) Frauen machen Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien
- Budlender D. (2002) Gender Budgets make more cents. Country studies and good practice. London
- Berliner Bürgerinnen und Bürger beraten über den Haushalt – Berlin-Mitte als Modell?“ Workshopbericht vom 10. Dezember 2003 im JugendKulturZentrum PUMPE, Berlin, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn o.J.
- Bürgerhaushalt in Großstädten. Arbeitsmaterialien für die Umsetzung. Dokumentation der Ergebnisse des Workshop „Bürgerhaushalt für Berliner Bezirke: Lesbar, verständlich, für und mit Bürger/innen“. hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2005
- Bürgerinnen und Bürger im Spiegel kommunaler Haushaltspolitik. Gender Audit der Unterabschnitte des Produkthaushalts Volkshochschule und StadtBibliothek. KölnAgenda-FrauenForum, November 2004
- Erster Bericht Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung. Berichtszeitraum 2002/2003. Erstellt von der Geschäftsstelle Gender Mainstreaming
- Zweiter Bericht über Gender Mainstreaming einschließlich Gender Budgeting in der Berliner Politik und Verwaltung. Berichtszeitraum April 2003 bis März 2004. Hrsg. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen. Geschäftsstelle Gender Mainstreaming
- Dritter Bericht über Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung (Berichtszeitraum Sommer 2004 – Sommer 2005). Bezirksamt Lichtenberg von Berlin

- Fragen und Antworten zum Bürgerhaushalt. Arbeitsmaterial Seminarreihe Partizipative Haushaltspolitik. Handreichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, o. J. Berlin
- Frey, R. (2003) Das bisschen Haushalt. Gender Budgeting als geschlechtspolitische Strategie in Wrede B. (Hrsg.) Geld und Geschlecht. Tabus, Paradoxien, Ideologien. Opladen
- Frey, R. (2005) Ein gerechter und transparenter Haushalt in Berlin durch Gender Budgeting? Thesen zur Veranstaltung am 24. August 2005 im Roten Rathaus
Genderbericht 2004 – Abt. Stadtentwicklung vom 20.1.2005
- Herzberg C. (2002) Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann. Lit Verlag Münster, Hamburg, London
- Kommunaler Bürgerhaushalt in Nordrhein-Westfalen. Zwischenbericht. Hrsg. Innenministerium NRW in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann-Stiftung. Düsseldorf o.J.
- Lichtenberg. Produkthaushaltsplan 2006. Version 9,0/2005
- Lompscher K. (2005) Projektbeirat Stadtumbau – Erfahrungen aus dem Pilotprojekt des Bezirkes Lichtenberg im Rahmen der Berliner Landesinitiative Gender Mainstreaming. Beitrag zur Fachtagung „Gender auf dem Weg in den Mainstream der Stadtentwicklung – Von Berliner Projekten lernen“ am 21.10.2005
- Rahmenkonzeption Beteiligungsverfahren für den Bürgerhaushalt in Berlin-Lichtenberg. Beschluss des Lenkungsremiums vom 27.4.2005
- Schubert-Lehnhardt V. (2004) Geschlechtergerechtigkeit als Partizipationskonzept - Gender Budgeting als Partizipationsmethode. Erfahrungen und Probleme aus theoretischer und praktischer Sicht. Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Schmidt, Regina (2005) Gender Mainstreaming im Bezirksamt Lichtenberg. Strategie zur Verbesserung der Chancengleichheit der Geschlechter. Fachtagung „Gender Mainstreaming in der Jugendarbeit“ am 5.11.2005
- Weinmann, Ute (2003) Erste Handlungsansätze für eine Gender Budget Analyse in Pilotbereichen der Berliner Verwaltung. (Arbeitspapier) Stand Nov. 2003
Zweiter Bericht über Gender Mainstreaming (einschließlich Gender Budgeting) in der Berliner Politik und Verwaltung. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, August 2004
Zwischenbericht über die Einführung von Gender Mainstreaming (einschließlich Gender Budgeting) im Bezirksamt Lichtenberg von Berlin. Stand 30. April 2004. Hrsg. Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, Bezirksbürgermeisterin

5.2. Abstimmungsergebnisse zum BürgerInnenhaushalt Lichtenberg

Ergebnis der Internetabstimmung

Rang	Vorschlag	Punkte	Prozent
1.	Radwegeplan	46	16,7%
2.	Jugend übernimmt Verantwortung	34	12,4%
3.	Dog Station	24	8,7%
4.	Erhalt und Weiterentwicklung Gymnasium Lichtenberg	18	6,5%
5.	Bestandssicherung und Weiterentwicklung von Personal und Angebot der Musikschulen	17	6,2%
6.	Medienarbeit der Bibliotheken	14	5,1%
7.	Generationsübergreifende Projekte	9	3,3%
8.	Ausstattung von Jugendfreizeiteinrichtungen	8	2,9%
9.	Erhalt des Kulturhauses	8	2,9%
10.	Fortsetzung der Wirtschaftsförderung	8	2,9%

Ergebnis der Haushaltebefragung

Rang	Vorschlag	Punkte	Prozent
1.	Ausstattung von Jugendfreizeiteinrichtungen	434	11,5%
2.	Erhaltung der kommunalen Seniorenbegegnungsstätten	352	9,3%
3.	Radwegeplan	307	8,1%
4.	Medienarbeit der Bibliotheken	196	5,2%
5.	Erhalt, Neu- und Umgestaltung von öffentlichen Sportstätten	161	4,2%
6.	Bestandssicherung und Weiterentwicklung von Personal und Angebot der Musikschulen Lichtenberg	154	4,1%
7.	Generationsübergreifende Projekte	144	3,8%
8.	Finanzierung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit	140	3,7%
9.	Dog Station	137	3,6%
10.	Erhalt des Kulturhauses	131	3,5%

Ergebnis der Abstimmung am 21.01.2006

Rang	Vorschlag	Punkte	Prozent
1.	Bestandssicherung und Weiterentwicklung von Personal und Angebot der Musikschulen Lichtenberg	173	14,0%
2.	Erhalt, Neu- und Umgestaltung von öffentlichen Sportstätten	129	10,4%
3.	Erhalt und Weiterentwicklung Gymnasium Lichtenberg	121	9,8%
4.	Medienarbeit der Bibliotheken	106	8,6%
5.	Reparatur und Erneuerung von Skateranlagen	86	6,9%
6.	Radwegeplan	85	6,9%
7.	Erhaltung der kommunalen Seniorenbegegnungsstätten	77	6,2%
8.	Ausstattung von Jugendfreizeiteinrichtungen	57	4,6%
9.	Generationsübergreifende Projekte	48	3,9%
10.	Fortsetzung der Wirtschaftsförderung	32	2,6%

11.	Erhalt, Neu- und Umgestaltung von öffentlichen Sportstätten	7	2,5%
12.	Bildungsauftrag der Bibliotheken	6	2,2%
13.	Einführung "Punktesystem" für Bürgerleistungen	6	2,2%
14.	Erhaltung der kommunalen Seniorenbegegnungsstätten	5	1,8%
15.	Aufbau eines ehrenamtlichen Seniorenbesuchsdienstes	5	1,8%
16.	Nutzung der Sportstätten	5	1,8%
17.	Mehr Angebote von Sport- oder Spiel AG's	5	1,8%
18.	Beratung und Sponsoring für Schulgärten	5	1,8%
19.	Gesamtkonzept Öffentlichkeitsarbeit	5	1,8%
20.	Finanzierung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit	4	1,5%
21.	Mehr Autodidakten in die Galerien	4	1,5%
22.	Begrünungskonzept	4	1,5%

11.	Fortsetzung der Wirtschaftsförderung	124	3,3%
12.	Beibehaltung der Mittel und des entsprechenden Fachpersonals zur Pflege der öffentlichen Grünflächen	112	3,0%
13.	Aufbau eines ehrenamtlichen Seniorenbesuchsdienstes	103	2,7%
14.	Nutzung der Sportstätten	101	2,7%
15.	Beratung und Sponsoring für Schulgärten	92	2,4%
16.	Jugend übernimmt Verantwortung	91	2,4%
17.	Verbesserung der Pflege des Straßenbegleitgrüns	78	2,1%
18.	Mehr Angebote von Sport- oder Spiel AG's	71	1,9%
19.	Sportangebote für Jugendliche mit Übergewicht	66	1,7%
20.	Mehr Bänke in Grünanlagen	66	1,7%
21.	Erhalt und Weiterentwicklung Gymnasium Lichtenberg	62	1,6%
22.	Angebote der Volkshochschule	59	1,6%

11.	Beibehaltung der Mittel und des entsprechenden Fachpersonals zur Pflege der öffentlichen Grünflächen	28	2,3%
12.	Dog Station	27	2,2%
13.	Finanzierung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit	26	2,1%
14.	Jugend übernimmt Verantwortung	25	2,0%
15.	Integration Gehörloser	24	1,9%
16.	Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit in der Wirtschaftsförderung sichern	23	1,9%
17.	Sportangebote für Jugendliche mit Übergewicht	18	1,5%
18.	Standort der Volkshochschule	15	1,2%
19.	Erhalt des Kulturhauses	14	1,1%
20.	Bestandssicherung und Weiterentwicklung des Lichtenberger Heimatmuseums	14	1,1%
21.	Nutzung der Sportstätten	14	1,1%
22.	Gesamtkonzept Öffentlichkeitsarbeit	14	1,1%

23.	Öffnungszeiten der Bibliotheken	3	1,1%
24.	Bestandssicherung und Weiterentwicklung des Lichtenberger Heimatmuseums	3	1,1%
25.	Mitwirkung der Bürger bei der Grünflächenpflege	3	1,1%
26.	Sportangebote für Jugendliche mit Übergewicht	2	0,7%
27.	Mehr Auftrittsmöglichkeiten für lokale Musik-(Rock-)gruppen	2	0,7%
28.	Galerie 100 - Konrad-Wolf-Straße 99	2	0,7%
29.	Reparatur und Erneuerung von Skateranlagen	2	0,7%
30.	Kürzung der Mittel für öffentliche Flächen in Kleingartenkolonien zugunsten anderer öffentlicher Grünflächen	2	0,7%
31.	Angebote der Volkshochschule	2	0,7%
32.	Standort der Volkshochschule	2	0,7%

23.	Mehr Auftrittsmöglichkeiten für lokale Musik-(Rock-)gruppen	53	1,4%
24.	Kürzung der Mittel für öffentliche Flächen in Kleingartenkolonien zugunsten anderer öffentlicher Grünflächen	53	1,4%
25.	Bildungsauftrag der Bibliotheken	46	1,2%
26.	Standort der Volkshochschule	44	1,2%
27.	Bestandssicherung und Weiterentwicklung des Lichtenberger Heimatmuseums	42	1,1%
28.	Verbesserung der Umgebung Fennpfuhl	41	1,1%
29.	Informationen über Sportangebote	35	0,9%
30.	Reparatur und Erneuerung von Skateranlagen	33	0,9%
31.	Einführung "Punktesystem" für Bürgerleistungen	32	0,8%
32.	Öffnungszeiten der Bibliotheken	30	0,8%

23.	Mehr Auftrittsmöglichkeiten für lokale Musik-(Rock-)gruppen	12	1,0%
24.	Angebote der Volkshochschule	12	1,0%
25.	Bildungsauftrag der Bibliotheken	8	0,6%
26.	Aufbau eines ehrenamtlichen Seniorenbesuchsdienstes	8	0,6%
27.	Mehr Bänke in Grünanlagen	7	0,6%
28.	Einbeziehung des Musikinstrumentenmuseums in Großveranstaltungen in Berlin	6	0,5%
29.	Mehr Angebote von Sport- oder Spiel AG's	6	0,5%
30.	Fachliche Mitbestimmung der Bürger bei der Pflege öffentlicher Grünanlagen	5	0,4%
31.	Galerie 100 - Konrad-Wolf-Straße 99	4	0,3%
32.	Verbesserung der Umgebung Fennpfuhl	3	0,2%

33.	Integration Gehörloser	2	0,7%
34.	Mehr Bänke in Grünanlagen	1	0,4%
35.	Verbesserung der Pflege des Straßenbegleitgrüns	1	0,4%
36.	Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit in der Wirtschaftsförderung sichern	1	0,4%
37.	Einbeziehung des Musikinstrumentenmuseums in Großveranstaltungen in Berlin	0	0,0%
38.	Informationen über Sportangebote	0	0,0%
39.	Fachliche Mitbestimmung der Bürger bei der Pflege öffentlicher Grünanlagen	0	0,0%
40.	Beibehaltung der Mittel und des entsprechenden Fachpersonals zur Pflege der öffentlichen Grünflächen	0	0,0%
41.	Verbesserung der Umgebung Fennpfuhl	0	0,0%
42.	Raumanmietung	0	0,0%

33.	Fachliche Mitbestimmung der Bürger bei der Pflege öffentlicher Grünanlagen	30	0,8%
34.	Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit in der Wirtschaftsförderung sichern	27	0,7%
35.	Integration Gehörloser	24	0,6%
36.	Begrünungskonzept	22	0,6%
37.	Galerie 100 - Konrad-Wolf-Straße 99	19	0,5%
38.	Mitwirkung der Bürger bei der Grünflächenpflege	19	0,5%
39.	Gesamtkonzept Öffentlichkeitsarbeit	17	0,4%
40.	Raumanmietung	17	0,4%
41.	Mehr Autodidakten in die Galerien	15	0,4%
42.	Einbeziehung des Musikinstrumentenmuseums in Großveranstaltungen in Berlin	10	0,3%

33.	Beratung und Sponsoring für Schulgärten	3	0,2%
34.	Einführung "Punktesystem" für Bürgerleistungen	3	0,2%
35.	Mitwirkung der Bürger bei der Grünflächenpflege	2	0,2%
36.	Mehr Autodidakten in die Galerien	1	0,1%
37.	Informationen über Sportangebote	1	0,1%
38.	Verbesserung der Pflege des Straßenbegleitgrüns	1	0,1%
39.	Kürzung der Mittel für öffentliche Flächen in Kleingartenkolonien zugunsten anderer öffentlicher Grünflächen	1	0,1%
40.	Öffnungszeiten der Bibliotheken	0	0,0%
41.	Begrünungskonzept	0	0,0%
42.	Raumanmietung	0	0,0%

Gesamt:	275	100,0 %
----------------	------------	--------------------------

Gesamt:	3.790	100,00 %
----------------	--------------	---------------------------

Gesamt:	1.239	100,0 %
----------------	--------------	--------------------------